

Die Entwicklung kommt aus den Gewehrläufen (VHS, CD, DVD, ca. 55 Min.)

Eine Film-Dokumentation über Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Entwicklungsprojekte in Indien. Produktionsjahr: 2003

Originaltitel der Hindi-version: „Vikas banduk ki nala se“

Englische Fassung: „Development flows from the barrel of the gun“

Kamera, Regie, Produktion: Biju Toppo / Meghnath (AKHRA), Ranchi, Indien. Die deutsche Bearbeitung (2006) wurde vom Ev. Entwicklungsdienst (EED) gefördert.

Der Film dokumentiert staatliche Gewalt gegenüber Menschen, die Opfer von Entwicklungsprojekten werden. Und er stellt damit den Begriff der Entwicklung, wie sie von staatlicher Seite im Namen des Fortschritts betrieben wird, in Frage: denn wenn die betroffenen Menschen diese Frage aufwerfen, werden sie Ziel staatlicher Repression.

Deutsche Bearbeitung und Vertrieb:

sarini, c/o Johannes Laping, Christophstr. 31, 69214 Eppelheim

Tel. 06221-766557, Fax 06221-766559, sarini-jl@gmx.de
www.Adivasi-Koordination.de

Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.

c/o Dr. Theodor Rathgeber, Jugendheimstr. 10, 34132 Kassel
Tel.: 0561-47597800, Fax 0561-47597801,
adivasi.koordination@gmx.de

Zur Unterstützung der Adivasi-Bewegung in Indien wird ein Spendenbeitrag von EURO 10,00 erbeten:

Konto-Nr. 400 3764 | BLZ 500 605 00 | Ev.Kreditgenossensch.eG Frankfurt (EKK) | Kontoinhaber: Adivasi-Koordination i.D.e.V.

Ladakh - ein neuer südasiatischer Krisenherd?

Wachsende Spannungen zwischen Buddhisten und Muslimen

Christoph Sprung

Gerüchte um die Entweihung eines Korans lösten Anfang Februar 2006 eine mehrtägige Gewaltwelle zwischen zumeist jugendlichen muslimischen und buddhistischen Agitatoren in Ladakh aus. Um die Ausschreitungen zwischen Angehörigen der beiden Religionsgemeinschaften zu beenden, musste die Armee einschreiten. Nach Einschätzung von Experten und Beobachtern sind die Exzesse Anlass zu ernsthafter Sorge vor einer drastischen Verschärfung der Situation in der Himalaya-Region.

Angesichts des blutigen Konflikts im Tal von Kashmir, der die Region spätestens seit seiner Radikalisierung Ende der 1980er Jahre beschäftigt und sie berüchtigt machte für die Gewaltspirale, mit der sich so genannte Religionskonflikte verschärfen können, sind die neuerlichen Spannungen wohl kaum erwähnenswert. Allerdings sind sie im Hochgebirgsland von Ladakh

ausgebrochen, das bisher als relativ friedlich galt. Die äußerst karge und unwirklich wirkende Himalaya-Subregion ist nicht nur in geographischer Hinsicht ein besonderer Flecken Erde. Der Unionsstaat Jammu & Kashmir (J&K) wird von der politischen Zentrale Indiens immer wieder als Symbol des Säkularismus betrachtet. Ladakh gilt aufgrund einer Geschichte zwischenkonfessioneller Harmonie wohl

als das Herzstück von J&K – im Kontrast beispielsweise zu den namensgebenden Distrikten Jammu und Kashmir.

Kein Wunder: Seit vor mehr als vierhundert Jahren der buddhistische Raja eine schiitische Adlige aus der Nachbarregion Baltistan ehelichte breitete sich der Islam unter der einheimischen Bevölkerung

in Ladakh aus. Auch nachfolgende buddhistische Herrscher vermählten sich immer wieder mit Muslimas. Bis zur Unabhängigkeit vor knapp 60 Jahren war die überkonfessionelle Heirat in der Region daher keine Seltenheit und damit eine Konsequenz aus den ohnehin kaum voneinander abweichenden Alltagspraktiken. Einige Essensgewohnheiten und der Konsum von Alkohol wurden konfessionell geregelt, aber die meisten – ob schiitische oder buddhistische – Ladakhis unterschieden sich in Sprache, Kultur und Traditionen kaum voneinander.

Das aus dem schiitisch dominierten Kargil-Distrikt und dem mehrheitlich von Buddhisten bewohnten Verwaltungsdistrikt Leh bestehende, äußerst spärlich besiedelte Ladakh umfasst nahezu Zweidrittel der Fläche des Unionsstaates. Doch bisher war nicht die gerade einmal 240.000 Einwohner zählende Bevölkerung, sondern die geopolitische Lage für die Zentralregierung in New Delhi Anlass aufmerksamerer politischer Beobachtung: Um die Hochtäler der Gletscherregion Kargil, die in unmittelbarer Nachbarschaft zum pakistanisch kontrollierten Baltistan liegt, war im Mai vor sieben Jahren zwischen den beiden südasiatischen Kontrahenten ein Konflikt entstanden. Aufgrund der nuklearen Bedrohung im Zuge des militärischen Schlagabtausches wurde die kleine Ortschaft Kargil bekannt.

Spannungen mit China

Die nördliche Atommacht annektierte in den 1960er Jahren, dass bis dahin zu Ladakh gehörende Gebiet Aksai Chin. Seither leben Spekulationen über den Zusammenhang zwischen dem plötzlichen Tod des ersten indischen Premierministers Nehru aus Enttäuschung über die chinesische Okkupation fort. Die Zentralregierung in New Delhi betrachtet dieses Gebiet weiterhin als östlichen Teil Ladakhs und fordert es folglich zurück. Und darüber hinaus war natürlich auch die geographische Nähe zu Kashmir von Bedeutung: Der nur wenige Monate im Jahr befahrbare *National Highway* von Leh über Kargil ins westlich gelegene Tal von Kashmir, der einem Nadelöhr gleich als Hauptader für die Versorgung mit Lebensmitteln und seit knapp drei Jahrzehnten auch als Reiseroute für Touristen fungiert, wurde niemals zum „Einfalltor“ so genannter islamischer Kämpfer aus den westlichen Distrikten Kashmirs. Wohl auch weil die muslimischen Bewohner, die mehrheitlich schiitisch sind, angesichts der blutigen Auseinandersetzungen zwischen Schiiten und Sunniten in Pakistan eher pro-indisch orientiert sind.

Mit Ausbruch der militanten Gewalt im Tal vor nunmehr 17 Jahren empfanden viele Buddhisten ihre Zukunft innerhalb des Unionsstaates

J&K als unsicher. Diese Sorge verstärkte sich durch die Forderungen der militanten Kämpfer nach einer völligen Unabhängigkeit oder gar dem Anschluss des Gebiets an Pakistan, inklusive Ladakhs. Durch eine höhere Wachstumsrate der

muslimischen Bevölkerung, einer spürbaren Benachteiligung bei der Vergabe öffentlicher Projekte und Jobs – einer offenkundigen Diskriminierung durch die Regierung Kashmirs – wurde die Stimmung zusehends konfessionell geprägt. Das zeigte sich, als lokale Politiker die Frage nach einer Autonomie Lehs oder gar die Annerkennung Ladakhs als selbstständigen Staat innerhalb der Indischen Union forderten. Im Zuge dieser Agitation zwischen 1989 und 1992 wurden von der Zentralregierung alle lokalen Parteien aus Angst vor einem weiteren Krisenherd aufgelöst. Daraufhin entstand die *Ladakh Union Territory Front*, die sich der administrativen Forderung verschrieben hat.

Schiitisch-buddhistische Spannungen

Das Gerücht von der Entweihung des für alle Muslime heiligen Buches in einem entfernt liegenden Dorf traf in der von Schiiten dominierten Kleinstadt Kargil am 5. Februar ein. Zeitgleich fanden dort die schiitischen Prozessionsmärsche zu Muharram statt. Durch ein rasches Einwirken religiöser Führer, Politiker und der Polizei konnte die Situation zunächst beruhigt werden.

Zwei Tage später kam es schließlich doch zur Eskalation in der rund 230 Kilometer östlich gelegenen Distrikthauptstadt Leh. Eine Gruppe schiitischer Jugendlicher, die in der örtlichen Imambara zum Muharram-Fest zusammengekommen war, veranlasste die Geschäftsleute im Bazar durch Schließung ihrer Läden, den Protest mit zu tragen. Dabei warfen sie einige paar Schuhe aus einem Geschäft eines streikunwilligen Ladenbesitzers vor das Haus der *Ladakh Buddhist Association (LBA)*.

Unter Schirmherrschaft der chauvinistisch-buddhistischen LBA wurden Anfang der 1990er Jahre muslimische Geschäfte und Händler

Christoph Spung



Panoramablick entlang des Srinagar-Kargil-Leh National Highway zwischen Kargil und Leh, nahe der Distriktgrenze. Die Straße wurde dieses Jahr aufgrund der Witterung erst wieder in der ersten Maiwoche geöffnet.



Leh. Am Ende des Bazars steht die Jama Masjid (Freitags-Mosche), die von 1666-67 erbaut wurde, als Ergebnis eines Vertrages zwischen dem Mogulherrscher Aurangzeb Alamgir und dem Herrscher Ladakhs Deldan Namgyal.

boykottiert. In Folge damaliger Auseinandersetzungen starben drei Menschen. Unterstützung erfuhr die LBA bei ihrem politischen Wunsch Ladakh als selbstständigen Staat innerhalb der Indischen Union zu etablieren, vor allem aus dem Lager der hindu-nationalistischen Organisationen *Vishwa Hindu Parishad* (Welt-rat der Hindus, VHP) und *Rashtriya Swayamsevak Sangh* (Nationaler Freiwilligenbund, RSS).

Am darauf folgenden Morgen trafen sich mehrere Agitatoren im Büro eben dieser LBA. Es sollte über eine geeignete Vergeltung beraten werden für den aus ihrer Sicht „Af-front gegenüber ihrem Glauben“. Obwohl einige Behördenvertreter mit der LBA-Führung verhandelten, die letztendlich von einem geplanten Protestmarsch absah, wurde ein muslimischer Polizist von einem aufgebrachten Mob schwer verletzt. In den folgenden Tagen fanden zahlreiche Übergriffe auf Muslime statt. Die Teilnehmer der schiitischen *Aschura*-Prozession am 8. und 9. Februar wurden wiederholt mit Steinen beworfen und muslimische Häuser gingen in Flammen auf.

Eine Vergeltung folgte umgehend: Ein buddhistischer Polizist verlor durch den Schlag mit einer Eisenkette, die üblicherweise während der Selbstkasteiung anlässlich der Mu-

hameeinheiten und Angehörigen der indisch-tibetischen Grenzpolizei, die in den beiden Distrikthauptstädten Kargil und Leh wieder Ordnung herstellen sollten, bis zum 16. Februar angespannt.

Um nachzuvollziehen, wie aus einem Gerücht in einer Dorf-Moschee gewalttätige Auseinandersetzungen in ganz Ladakh entstehen konnten, müssen die Einzeltaten genauer analysiert werden. Dabei wird schnell deutlich, dass die Gewalt keineswegs unter religiösen Vorzeichen - wie es das schiitische-Muslime-gegen-Buddhisten-Schema vermuten lässt - einzuordnen sind. Eine kaum zu unterschätzende lokale Handlungsebene markierten beispielsweise die Übergriffe in Kargil am 11. Februar. Dort gerieten nicht einheimische Buddhisten, sondern das Büro der autonomen Verwaltung des *Ladakh Autonomous Hill Development Council Kargil* und des Vorsitzenden Asgar Ali Karbalaie ins Fadenkreuz der Angreifer. Der der Kongresspartei (*Indian National Congress, INC*) verbundene Lokalpolitiker Karbalaie steht dem Regionalrat vor und verdrängte während der letzten Parlamentswahlen im Unionsstaat einige Ratsmitglieder, die der Nationalkonferenz (*National Conference, NC*) angehören. Die nun angespannte Lage bot sich diesen als Gelegenheit sich nicht nur verbal bei Karbalaie für den Machtverlust zu revanchieren.

harram-Märsche eingesetzt wird, ein Auge.

In Kargil wurde das Haus des obersten lokalen Polizeibeamten angezündet und mehrere hohe Behördenvertreter wiederholt mit Steinen beschmissen. Die Situation blieb trotz der Hinzuziehung von Ar-

meereinheiten und Angehörigen der indisch-tibetischen Grenzpolizei, die in den beiden Distrikthauptstädten Kargil und Leh wieder Ordnung herstellen sollten, bis zum 16. Februar angespannt.

Hinter dieser partei-politischen Rivalität steht gleichwohl ein tieferer Disput: Dem Alleinvertretungsanspruch für die Schiiten Kargils. So wird die traditionelle Ordnung von der Islamia Schule vertreten, die von der geistlichen Klasse (der *Ulama*) vertreten wird. Demgegenüber steht der *Imam Khomeini Memorial Trust (IKMT)*. Dieser vertritt und verfolgt die Aspirationen einer Händler- und Geschäftselite, die sich offensichtlich am iranischen Gesellschaftsmodell orientieren. Hohe Funktionäre des IKMT verfügen über langjährige Erfahrungen im Iran und lokale Jugendliche werden häufig zur religiösen Unterweisung dorthin geschickt. Wenngleich der IKMT ähnlich der Islamia Schule stark chauvinistisch bezüglich religiöser Praktiken ausgeprägt ist, gilt er im Bildungs- und Sozialbereich als reformfreudig, insbesondere in der Etablierung von Mädchenschulen.

Vor den letzten Unionsstaats-Parlamentswahlen brach der IKMT den Bund mit der Islamia School und unterstützte einen unabhängigen Kandidaten, der gleichzeitig vom INC getragen wurde. Wenngleich der IKMT-Kandidat verlor, war dies das Ende der bis dahin stets einheitlichen Unterstützung der Schiiten für die NC. Im Dezember 2003 schlug die Islamia School durch den Sieg bei den Wahlen zum neu geschaffenen *Hill Development Council Kargil* zurück. Kurz darauf gelang es Karbalaie und dem IKMT, gleichsam putschartig, die Macht im Regionalrat an sich zu reißen.

Auch in Leh hatten die gewalttätigen Übergriffe zwischen den vermeintlich völlig unterschiedlichen Religionsgängern lokalpolitische und nicht etwa konfessionelle Gründe. Seit Jahren stellten Lokalpolitiker die Anerkennung Ladakhs als selbstständigen Staat in der Indischen Union als eine einhellige Forderung der buddhistischen Bevölkerungsmehrheit dar. Zweifel an der

Einheitlichkeit dieser Forderung wurden erstmals im vergangenen Dezember laut. Durch Äußerungen des Präsidenten der LBA und seiner politischen Neuausrichtung fand auch hier offen eine Art „Schisma“ innerhalb der Buddhisten Leh statt.

Balraj Puri, Direktor des Instituts für Angelegenheiten in J&K, stellt die Gewalt zwischen Buddhisten und Muslims als Ergebnis einer kontinuierlichen Polarisation dar. So hinterfragte er in einem Leitartikel im *Indian Express*, warum niemand auf die potenzielle Gefahr eingegangen sei, die der Wahlausgang des autonomen Regionalrats von Leh im vergangenen Oktober bedeutete. Damals gewannen alle Mandate Kandidaten mit der Konfession, die jeweils die Mehrheit in einem Wahlbezirk stellte.

Für die lokalen Eliten scheint durch den stetig zunehmenden Tourismus, den daraus resultierenden Geldern sowie aus Verträgen mit der indischen Armee, politische Autonomie mehr als jemals zuvor enorm bedeutsam. Durch den ebenfalls damit verbundenen Zuzug von „Auswärtigen“ wird eine xenophobe Angst vor der vermeintlich eigenen Marginalisierung geschürt. Dabei werden aber nicht die Immigranten aus den östlich von Leh gelegenen ländlichen Gebieten, denen der nordindischen Ebene oder die ebenfalls aus historischen Zusammenhängen mittlerweile größte religiöse Minderheit der sunnitischen Muslime angegriffen, sondern ausschließlich die Schiiten.

In Kargil gibt es durch die Gelder aus Verträgen mit der indischen Armee gar eine völlig neue Klasse von Auftragsnehmern. Sie erachtet Religion offensichtlich als brauchbar, um ihre Macht und dadurch auch Einfluss zu konsolidieren. Doch auch die Entwicklungsgelder des autonomen Regionalrats fördern Missgunst und Neid. Sollte,

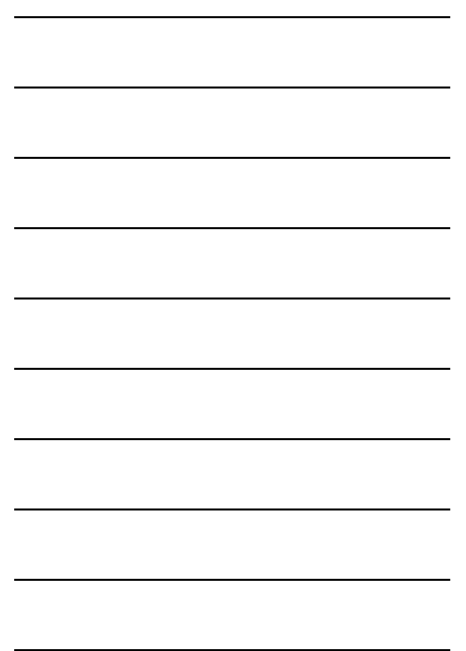
wie viele Kargilis hoffen, die Waffenstillstandslinie zwischen Indien und Pakistan in naher Zukunft durchlässiger werden, könnte schon bald der Handel nach Baltistan und mit dem noch weiter nördlich gelegenen Gilgit aufgenommen werden. Dadurch würde es Kargil ermöglicht, die jahrzehntelangen ökonomischen Fesseln an Srinagar und Leh zumindest teilweise zu lockern.

Praveen Swami vom indischen Polit-Magazin *Frontline* vermutet hinter der angeblichen Entweihung des Korans daher auch eine bewusst in Kauf genommene Provokation. Was auch immer der tatsächliche Grund für die Gewaltwelle in Ladakh war, durch mittlerweile sogar über SMS versendete Boykott-Aufrufe gegenüber Angehörigen der anderen Religionsgemeinschaft wird die Stimmung zwischen den beiden größten Gemeinden zum Beginn der Touristen-Saison 2006 erheblich verdorben. Da die konkreten Vorteile aus einer vereinfachenden religiösbegründeten Agitation zu überwiegen scheinen, fürchten Experten für Ladakh den „kaschmirischen Weg“..

Doch genau dabei verdeutlicht sich ein weiteres Problem: Die starken politisch-administrativen Rechte Kashmirs. Ladakh, ein Gebiet fast doppelt so groß wie Belgien, hat keinesfalls die gleichen Rechte wie die Regionen Kashmir oder Jammu. Als Subgebiet der Region Kashmir sitzen die zuständigen Verwaltungsbeamten nach wie vor im 450 Kilometer von Leh entfernten Srinagar. Für Premierminister Rao, unter dem sich vor nunmehr elf Jahren der autonome Hill Council in Leh als Zugeständnis an die buddhistische Lobby formierte, war schon damals Leh ein Synonym für Ladakh. Weder die Machtbefugnis des angeblich autonomen Rats in Kargil, noch die seines Pendant in Leh ist mit der eines Dorfrates im indischen Flachland zu verglei-

chen (Gemeint sind die *Zila Parishads* im *Panchayati Raj*). Die doppelten Verwaltungsstrukturen sind eher eine Hilfe, die bis zur Schaffung der Verwaltungseinheit Kargil im Jahre 1978 fest zusammen gehörenden Region zu entzweien.

Balraj Puri zufolge bedarf es daher eines Dialogs zwischen den politischen und religiösen Führern der beiden großen Bevölkerungsgruppen Ladakhs. Um nicht nur alte Schlachtrufe von Einheit durch Unterschiedlichkeit zu bemühen, müssen im föderalen Kontext administrative und politische Reformen in Angriff genommen werden. Die beiden Distrikte zusammen stellen ein Abgeordnetenmandat im indischen Unionsparlament der Lok Sabha. Um die regelmäßig wiederkehrende religiös gefärbte Rhetorik der Kandidaten und anderer Populisten auszuschließen, wäre beispielsweise für beide Distrikte je ein Sitz denkbar.



Zum Autor

Christoph Sprung ist Diplom-Politologe, beschäftigt sich seit 1998 mit Südasien, das er mehrfach intensiv bereiste, dort forschte und arbeitete und zu dem er mit Gleichgesinnten das Website-Projekt www.suedasien.info initiierte.